



Geld regiert die Welt – wer regiert das Geld?

Christliche Werte und Handlungsperspektiven in der Finanzkrise

I. Bericht der Vorbereitungsgruppe: Ethische Orientierungen

Die derzeitige Finanzkrise ist zentrales Thema der Mitgliederversammlung des Landeskommitees der Katholiken in Bayern am 12./13. November 2010 in Traunstein – als Weiterführung der Frühjahrsvollversammlung 2010 in Eichstätt und des dort eröffneten Dialogs über „Werte – christlich gelebt“. Dahinter steht die These: Die Finanzkrise ist im Kern Ausdruck einer Werte- und Orientierungskrise unserer gesamten Wirtschafts- und Lebensweise. Wir leben in einer „Wertpapiergesellschaft“ und wirtschaften mit Hilfe der Politik des billigen Geldes auf Kosten der Zukunft sowie der Natur.

Der Umgang mit Geld ist ein Angelpunkt für die Frage, wie wir als Einzelne, als Kirche und als politisch Engagierte heute christliche Werte in die Gesellschaft einbringen können und müssen (vgl. die Erklärung des Diözesanrates Bamberg zur Finanz- und Wirtschaftskrise vom 2. März 2010). Er ist eine Bewährungsprobe für „gelebten Wertewandel“ (vgl. „Wohlstand für alle durch gelebten Wertewandel“, Zeitsagen Nummer 12 des Landeskommitees) sowie für die europäische Solidarität und die Zukunft unseres Wohlstandes, wie es sich zum Beispiel in der Griechenlandkrise und durch die drohende Instabilität des Euro gezeigt hat. Auch Deutschland steckt tief in der Schuldenfalle: Die Neuverschuldung beträgt nach Informationen des Bundes der Steuerzahler derzeit mehr als 3.500 Euro pro Sekunde und die deutsche Staatsverschuldung wird demnach zum Jahresende 2010 voraussichtlich bei 1.744 Milliarden Euro liegen. Geld regiert die Welt – aber wer regiert das Geld?

1. Problemanalyse

Entwicklung der Finanzmarktkrise

Die Finanzmärkte haben den Gang der Wirtschaft in den letzten 20 Jahren zunehmend bestimmt. Das hohe Tempo weltweiter Investitionen wurde durch sie ermöglicht. Zugleich sind die systemischen Risiken gestiegen. Die Finanzkrise hat sich lange angebahnt (z. B. 1992/93 in Skandinavien, 1994/95 in Mexiko, 1997/98 in Asien und New-Economy-Krise 2000).

Ein Auslöser der gegenwärtigen Krise war die Niedrigzinspolitik der amerikanischen Zentralbank (Federal Reserve). Banken vergaben Kredite auch an Kunden, deren Rückzahlungsfähigkeit unsicher war (sub-prime-credit). Als 2004/05 in den USA die Leitzinsen plötzlich auf 5% erhöht wurden, konnten viele die Kredite nicht zurückzahlen und ihre Häuser wurden verpfändet.

Wirtschaftspolitische Hintergründe und Rahmenbedingungen

Politische Weichenstellungen zur Stärkung der Finanzbranche nahmen Ende der 1970er Jahre in Großbritannien und den USA ihren Anfang. Ziel waren Wachstumsimpulse zur Überwindung von Verschuldung und Inflation.

Das Bankgeschäft wurde zur Finanzindustrie, die Geld im Blick auf unterschiedliche Gewinnerwartungen wie eine Ware handelt. Die Wirtschaft wurde auf schnelle Gewinnmaximierung getrimmt. Zwischen 1980 und 2007 nahmen die täglichen globalen Finanztransfers von 62 auf knapp 3.500 Milliarden US-Dollar zu: es entstand ein signifikantes Übergewicht der Geldwirtschaft über die so genannte „reale Wirtschaft“.

Zu Beginn der 1970er Jahre wurde „Bretton Woods“, das internationale Währungssystem von festen Wechselkursen, aufgegeben. Seither besteht keine Verpflichtung mehr, das gedruckte Geld in Goldwerten zu hinterlegen. Schritt für Schritt wurde die unmittelbare Bindung an Werte der so genannten „Realwirtschaft“ gelockert. Es wird geschätzt, dass inzwischen 70 bis 90 Prozent der Vermögenswerte an den Börsen „virtuell“ sind, das heißt ohne „realwirtschaftlichen“ Gegenwert auf der Basis spekulativer Erwartungen über künftige Wiederverkaufswerte gehandelt werden. Aufgrund positiver Rückkoppelungen zwischen den Akteurserwartungen neigt das System zur Instabilität (Dynamik von „boom and bust“). Zugleich ermöglichen die Börsen eine enorme Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung.

Ökonomische und sozialpolitische Zusammenhänge

Nach der Theorie der langen Wellen des russischen Ökonomen Nikolai Kondratieff ist die Krise der Finanzwirtschaft nicht nur ein Regulierungsversagen, sondern auch Ausdruck dafür, dass der Wachstumsmotor Informationstechnologie durch einen neuen Innovations- und Investitionszyklus abgelöst werden wird. Impulse könnten vor allem vom Umbau der Energiewirtschaft kommen, der zur Bewältigung neuer Knappheiten und damit auch zur Erschließung künftiger Wohlstandschancen maßgebend sein wird.

Trotz und teilweise auch gerade wegen der Krise sind Investitionen in eine zukunftsfähige Entwicklung nötig, z. B. in den Bereichen Bildung, erneuerbare Energien, soziale Sicherung und Entwicklungszusammenarbeit (Millenniumsziele). Es ist ethisch nicht gerechtfertigt, wenn im Schatten der Finanzkrise sozialpolitische Umverteilungen vorgenommen werden. Dies geschieht jedoch im großen Maßstab, indem Verluste und Risiken der Banken kollektiviert und Sparmaßnahmen überproportional im Sozialbereich vollzogen werden. Manche der gegenwärtigen Sparpläne sind kurzatmig sowie sozial unausgewogen und werden langfristig als verdoppelte Kosten auf die Allgemeinheit zurückfallen. Gerade wegen des Dilemmas von notwendigem Sparen und ebenso notwendigem Investieren bedarf die Finanzkrise einer klaren und mutigen politischen Führung.

Herausforderungen für politisches Handeln

- Die Instabilität der Finanzmärkte und damit auch der Wirtschaft ist das Ergebnis von Strukturen, die in den beiden vergangenen Jahrzehnten systematisch geschaffen wurden. Eine grundlegende Reform der finanzwirtschaftlichen Regelsysteme ist notwendig, wenn wir nicht sehr bald wieder in eine ähnliche Krise geraten wollen. Bisher wurde sie nur versprochen, aber nicht umgesetzt.
- Die Politik hat mit ihren enormen Garantieverprechen in Höhe mehrerer Billionen Euro angesichts der teilweise selbst verschuldeten Krise richtig und verantwortlich gehandelt. Denn die Alternative wäre ein Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft gewesen. Die damit verbundene Kollektivierung von Risiken, zumal wenn sie zugleich eine weitere Privatisierung von Gewinnen ermöglicht, ist jedoch ungerecht. Die Verstaatlichung der Banken ist kein sinnvoller Ausweg aus der Krise, da sie keineswegs höhere Fachkompetenz garantiert.

- Das bankendominierte Finanzsystem in Deutschland und Japan hat gegenüber dem börsendominierten System der angelsächsischen Länder Vorteile, die erhaltenswert sind.
- Die Krise des Finanzsystems steht in einem Zusammenhang mit einem einseitig auf Gütermengen und Gewinne ausgerichteten Verständnis von Wohlstand. Dieses hat zur Folge, dass soziale und ökologische Dimensionen von Lebensqualität aus dem Blick geraten und die Kosten des Wirtschaftens auf Andere, über die Zeit hinweg insbesondere auf nachrückende Generationen verlagert werden.

2. Ethische und theologische Maßstäbe

Geld ist keine wertneutrale Größe, sondern aufgrund seines prägenden Einflusses auf nahezu alle Lebensbereiche mit einem hohem Maß an ethischer Verantwortung verbunden. In Kirche und Gesellschaft besteht erheblicher Bedarf an Bewusstseinsbildung hinsichtlich der ethischen Dimensionen des Geldes, da diese aufgrund seines anonymen Charakters häufig übersehen wird.

Vertreter der christlichen Sozialethik haben jedoch seit langem auf Risiken des Finanzsektors hingewiesen, z. B. Oswald von Nell-Breuning (*Grundzüge der Börsenmoral*, 1928) und die von ihm geprägte Sozialzyklika *Quadragesimo anno* (1931), ebenso das *Kompendium der Soziallehre* (S. 268f.), die Denkschrift der EKD *Wie ein Riss in einer hohen Mauer* (2009) und jüngst die Sozialzyklika *Caritas in veritate* von Papst Benedikt XVI. (2009, vor allem Nr. 36).

Systematischer Zugang

Die drei klassischen Dimensionen der Legal-, Tausch- und Verteilungsgerechtigkeit sind eine unverzichtbare Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Auch das Finanzsystem muss sich der damit verbundenen ethischen Architektur unterwerfen:

- Legalgerechtigkeit erfordert einen starken Staat, der Finanztransaktionen wirksam kontrolliert. Finanzprodukte und -märkte, für die eine solche Kontrolle nicht garantiert werden kann, sind ethisch nicht zulässig.
- Tauschgerechtigkeit, also die Gleichheit von Geben und Nehmen, erfordert ein stabiles und transparentes Finanzsystem. Wenn das Geld als zentrales Medium des Tausches wirtschaftliche Entfaltung und Teilhabe möglichst vieler ermöglicht, wird es zum dynamischen Faktor der Gerechtigkeit.
- Verteilungsgerechtigkeit erfordert im Finanzsystem, dass seine Umverteilungswirkungen kritisch analysiert und möglichst begrenzt werden sollen. Dies gilt sowohl national wie international und ist auch auf die Verteilung von Chancen und Risiken zu beziehen.

Grundsätzliche Skepsis gegenüber der Geldpolitik

Viele reagieren auf die Finanzkrise mit einer grundlegenden Skepsis gegenüber dem Zins- und Kreditwesen. Eine biblische Grundlage hierfür ist Deuteronomium 23, 20, aus dem in der katholischen Kirche bis 1830 ein Zinsverbot abgeleitet wurde. Auch der Islam kennt ein Zinsverbot (Sure 2, Vers 275). Auf diesen Grundlagen wird ein zinsfreies Geldsystem als Gegenmodell zum Wachstumszwang des gegenwärtigen Systems diskutiert.

Die Ursache der aktuellen Krise ist jedoch nicht das Zinssystem als solches, sondern die Einführung neuer Finanzprodukte, die die Gewinnmöglichkeiten in hohem Maße von der realwirtschaftlichen Wertschöpfung abgekoppelt haben. Kredit und

Zins haben wichtige Funktionen für die moderne Wirtschaft: (1) Ausgleich für das Risiko; (2) Entschädigung für den vorübergehenden Verzicht auf Konsum- und Investitionsmöglichkeiten; (3) Lenkung der Wirtschaft durch den Mindestzins der Zentralbanken.

Eine grundlegende Skepsis gegenüber dem modernen Geldsystem lässt sich auch kulturphilosophisch begründen: So deutet etwa Goethe in Faust II das Drucken von Geld als Fortsetzung der Alchemie mit anderen Mitteln und als eine Wette mit dem Teufel (vgl. H. Binswanger: Geld und Magie – Eine ökonomische Deutung von Goethes Faust, Stuttgart 2009). Die Entwicklung von Papier- und Buchgeld schafft ganz neue ökonomische Möglichkeiten, die man als Wette mit der Zukunft charakterisieren kann.

Die große Herausforderung liegt darin, das Angebot an Geld so zu kontrollieren, dass Inflation vermieden und das überschüssige Geld durch die Anregung von „schöpferischen Taten“ (wirtschaftlicher Innovation) in Wert gesetzt wird.

Geld und Wertewandel: Wege zu einem neuen Wohlstandsmodell

Die Finanzkrise berührt die elementaren Fragen nach dem Leitbild des Wohlstandes. Ihre dauerhafte Überwindung fordert deshalb eine tief greifende Revision auf der Werteebene. Dabei können folgende Kriterien als Orientierung dienen:

- Das Streben nach Gewinn ist nicht per se verwerflich, da Gewinne der Verwirklichung humaner und sozialer Ziele dienen können (vgl. Enzyklika *Caritas in veritate*, Nr. 46). Die Ausrichtung der Wirtschaft auf Gewinnmaximierung als einziges Motivations- und Sinnstiftungsmodell ist allerdings verfehlt. Sie beruht u. a. auf einer einseitigen Interpretation von Adam Smith, die die Integrationskraft der „invisible hand“ zur moralischen Sanktionierung überschätzt und die moralphilosophische Einbettung seiner Theorie ignoriert, so Mohammad Yunus, der Gründer der Grameen Bank.
- Nicht die Fixierung auf maximale Wachstums- und Gewinnraten, sondern die umfassende Förderung von Wohlstand und Lebensqualität der beteiligten Akteure bei Minimierung des Ressourcenverbrauchs ist global zukunftsfähig.
- Die Faktoren Arbeit, Energie/Rohstoffe und Kapital sollten möglichst ausgewogen und entsprechend ihrer Wertschöpfungskapazitäten zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden.

Der spezifische Beitrag der Kirchen zur Überwindung der Finanzkrise besteht insbesondere im Hinweis auf diese grundlegenden ethisch-kulturellen Zusammenhänge. „Ohne einen Kulturwandel haben wir keine Chance auf eine dauerhaft positive Entwicklung.“ (A. Glück: Warum wir uns ändern müssen. Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur, München 2010, 30).

3. Leitlinien für eine neue Finanzarchitektur

Wenn sich christliche Werte mit innovativem Denken verbinden, kann die Europäische Union zum Motor für eine neue Finanzordnung werden. Dies erfordert jedoch intensive Lernprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Finanz-, Arbeits- und Klimakrise in ihren Zusammenhängen zu erkennen. Ökonomie und Ökologie sorgen sich um das „eine Haus“ (griech. „oikos“). Auf der Basis eines vernetzten Denkens und einer nachhaltigen Querschnittspolitik kann die Krise zur Chance werden.

Wir brauchen einen finanzpolitischen „New Deal“ im Dienste von Klimaschutz, Ernährungssicherung und Energiezugang für die Armen, damit die Knappheiten von heute zu den Innovationsmärkten von morgen werden. Auch Bildung, Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit sind stärker als Innovationsbereiche und nicht als Felder für einseitige Sparpolitik in den Blick zu nehmen. Die Finanzwirtschaft hat der Realwirtschaft zu dienen und nicht umgekehrt. Die Realwirtschaft muss letztlich dem Menschen und seinen Bedürfnissen dienen. Nicht nur Kapital, sondern auch Arbeit und Leistung müssen sich wieder mehr lohnen. Wertschöpfung geht vor Geldschöpfung.

Dabei sind jedoch die „goldenen Regeln zur Haushaltskonsolidierung“, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 26. Oktober 2009 (S. 19–21: Generationengerechte Finanzen) formuliert wurden, zu beachten. Die Kapitalmärkte selbst sollten stärker für Finanzierungsaufgaben herangezogen werden.

Grundsätzlich muss das Finanzsystem entschleunigt werden, insbesondere die Refinanzierungsmechanismen, und so gestaltet werden, dass es weniger anfällig für Fehler ist. Hierzu zählt auch die Risikominimierung durch Erhöhung des Eigenkapitals, selbst wenn dadurch die Eigenkapitalrendite sinkt.

Primat des politischen Handelns: Chancen und Aufgaben

Staaten und ihre Politiker stehen dem internationalen Finanzsystem weitgehend machtlos gegenüber. Es gilt, den Primat der Politik zurück zu gewinnen. Die Aufgabe der Politik besteht darin, für die Wirtschaft und das Finanzwesen einen ordnungspolitischen Rahmen aufzustellen, der sich an der rechtsstaatlichen Demokratie, der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und den Prinzipien der katholischen Soziallehre ausrichtet.

Innerhalb dieses Rahmens sollen die Regulierungen gering sein, so dass genügend Entfaltungsmöglichkeiten für die einzelnen Akteure bleiben. Die Einzelmaßnahmen für einen solchen ordnungspolitischen Rahmen müssen in ein langfristiges Konzept eingebettet, aufeinander abgestimmt und konsequent umgesetzt werden.

Die Frage der Durchsetzbarkeit der nachfolgenden Forderungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene darf uns nicht daran hindern, für die Sache zu kämpfen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Die Reform der Finanzmärkte braucht einen langen Atem.

II. Beschluss der Vollversammlung: Forderungen

Die nachfolgenden Forderungen für eine neue Finanzarchitektur richten sich an die Verantwortlichen in Politik, Finanzwesen und an alle, die durch ihr eigenes Tun selbst Einfluss nehmen können auf ein Finanzsystem, das nachhaltig geändert wird: Es soll nachvollziehbar und transparent sein, die Risiken klar benennen und sich an ökologischen, sozialen und fairen Kriterien orientieren.

(1) Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft global weiterentwickeln

Die Finanzkrise berührt die elementaren Fragen nach dem Leitbild des Wohlstandes. Nicht die Fixierung auf maximale Wachstums- und Gewinnraten, sondern die umfassende Förderung von Wohlstand und Lebensqualität der beteiligten Akteure bei Minimierung des Ressourcenverbrauchs ist global zukunftsfähig. Die Europäische Union kann auf der Basis christlicher Werte zum Motor für eine neue Finanz- und Wirtschaftsordnung werden. Entscheidend wird sein, dass Finanz-, Arbeits- und Klimakrise in ihren Zusammenhängen erkannt werden. Hier ist auch der besondere Beitrag der Kirche gefordert: sie kann wichtige ethische Grundlagen beisteuern, nach einem gesellschaftlichen Konsens gemeinsamer Werte suchen und nicht zuletzt selbst mit guten Beispielen vorangehen.

(2) Spekulationen und Casinokapitalismus eindämmen

Das mobile Kapital soll besteuert werden, um spekulative Transaktionen zu dämpfen – und zwar je spekulativer, kurzfristiger und riskanter desto höher (Transaktionssteuer statt Bankenabgabe). Wenn dies global nicht durchsetzbar sein sollte, müsste die Europäische Union mit gutem Beispiel vorangehen. Die Finanzwirtschaft hat gegenüber der Realwirtschaft eine dienende Funktion, die insbesondere durch den Casinokapitalismus in Frage gestellt wird. Eine einzelne Bank darf nicht die Größe erreichen, dass sie „systemrelevant“ wird und bei einem Zusammenbruch „alternativlos“ gerettet werden muss; deshalb ist ein höherer Eigenkapitalanteil notwendig. Die Kreditvergabestandards müssen eingehalten werden und eine internationale Bankenaufsicht mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden, diese durchzusetzen. Die Spekulation auf Nahrungsmittel und Boden muss so begrenzt und reguliert werden, dass sie nicht zur Verschärfung von Versorgungskrisen oder zu Hungerkatastrophen führt.

(3) Rating-Agenturen kontrollieren und bewerten

Die Rating-Agenturen haben sich ihrerseits neutralen und staatlich überwachten Kontrollen zu unterwerfen, die in der Art eines „Finanzmarkt-TÜV“ ihre Bewertung ermöglichen. Die Abhängigkeiten der Agenturen von Akteuren auf dem Finanzmarkt und ihre Verbundenheit mit einer nationalen Wirtschaft sollen so vermieden oder zumindest transparent werden. Die Agenturen sollen außerdem die Bestimmung ihrer Bonitätskriterien offen legen. Zwischen den Rating-Agenturen muss ein Wettbewerb stattfinden, der nur über eine größere Zahl von Agenturen in verschiedenen Ländern gewährleistet ist.

(4) Mehr Phantasie bei Finanzierungsmodellen

Um der jeweiligen heimischen Wirtschaft günstiges Kapital für nachhaltige Investitionen zur Verfügung zu stellen, gewinnen privat organisierte Finanzierungsmodelle immer mehr an Bedeutung. Solche Modelle auf Gegenseitigkeit können die Idee der fair und flexibel gestalteten Finanzierung verwirklichen, weil sie von der persönlichen Überzeugung und Beziehung zwischen Geldgebern und Kreditempfängern leben. Sie könnten anknüpfen an den ursprünglichen Sinn von Aktien, Genossenschaften und Beteiligungsmodellen. Das Konzept der Mikrofinanzierung ist eines der erfolgreichsten Konzepte zur Bekämpfung der Armut.

(5) Finanzierung von Entwicklung

Die Kapitalmärkte selbst sollten stärker für die Finanzierung der wichtigsten internationalen Entwicklungsziele (Millenniumsziele wie Stärkung von Frauenrechten und Entschuldung) herangezogen werden. Die Mittel, die beispielsweise aus den Erlösen der Transaktionssteuer resultieren, wären ausreichend stabil und weniger von nationalen Haushaltsengpässen der Industrieländer betroffen. Dadurch kann sich die Staatengemeinschaft den Millenniumszielen wie Halbierung der Armut, Primärbildung für alle Kinder, Gesundheitsversorgung der Mütter, Senkung der Kindersterblichkeit und Förderung von Frauen zur Existenzsicherung deutlich besser annähern.

(6) Das Ethos von Managern und die Höhe ihrer Gehälter diskutieren

Das Bewusstsein für die gesellschaftliche Verantwortung wirtschaftlichen Handelns muss in Zukunft deutlich stärker in die Ausbildung von Ökonomen einfließen. Das würde zugleich eine maßvolle Vergütungskultur bei Finanzmanagern, die ethisch geboten und ökonomisch sinnvoll ist, fördern. Überhöhte Gehälter, Boni und Abfindungen werden teilweise durch moralisch zweifelhafte Spekulationsgewinne ermöglicht. Sie sind angesichts von Sparmaßnahmen in anderen Bereichen ungerecht und verringern deren Akzeptanz.

(7) Mit Geld verantwortlich umgehen

Jeder Einzelne kann durch den verantwortlichen Umgang mit Geld zu einem Wandel des Finanzwesens beitragen. Wenn die Gewinnmaximierung nicht zum einzigen Ziel der Geldanlage erhoben wird, wird es gelingen, dass die Finanzinstitute deutlich mehr Angebote unterbreiten, die den Kriterien einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Die Wirtschaft muss den Bedürfnissen der Menschen dienen und hat einen Gemeinwohl-Auftrag, der auch zukünftige Generationen umfasst. Der Staat muss in gleicher Weise verantwortlich mit den finanziellen Ressourcen seiner Bürger umgehen.

Diese Forderungen setzen voraus, dass der Primat des politischen Handelns in neuer Weise wieder hergestellt wird. Da die Finanzmärkte keineswegs moralisch neutral sind, sondern den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und damit das Schicksal von Millionen von Menschen maßgeblich bestimmen, sind sie in stärkerem Maße durch entsprechende Rahmenbedingungen der politischen Verantwortung zu unterstellen. Auf der Basis eines wertebasierten, kohärenten Konzeptes kann die Politik dann mehr sein als ein bloß reagierender Reparaturbetrieb. Eine neue Architektur der Finanzmärkte ist eine zentrale Chance für den Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaft.

Von der Mitgliederversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern am 13. November 2010 in Traunstein einstimmig beschlossen.